



Die Ehrenformation in Aktion: Salutschüsse für den neuen Grossratspräsidenten Christoph Stalder.

MANU FRIEDERICH

DER NEUE GROSSRATSPRÄSIDENT CHRISTOPH STALDER WIRD IN BERN GEFEIERT

«Dr Stalder wird Präsi»

Auf Kommando ziehen die Mitglieder der Ehrenformation der Kantonspolizei Bern ihre weissen Handschuhe aus, falten sie sorgsam zusammen und stecken sie in die Hosentasche. Auf Kommando reissen sie – mit den Zähnen – die Verpackung der Munition auf, stopfen ihre Gewehre, laden und legen an. Wie auf Kommando halten sich genau in diesem Moment die Menschen auf dem Rathausplatz, Politikerinnen und Politiker, Angestellte der Kantonsverwaltung, Passanten und Touristen, die Ohren zu – und dennoch zucken die meisten zusammen, als die ohrenbetäubend lauten Salutschüsse abgefeuert werden. Rauch hüllt die Ehrenformation ein und weisse Ascheflocken wirbeln durch die Luft.

Sichtlich erfreut inspiziert der neue 63-jährige freisinnige Grossratspräsident Christoph Stalder die Ehrenformation, schreitet wie ein Staatsgast die Reihen der Schützen und Tambouren ab und bedankt sich nach zwei Salven beim Kommandanten für die Dar-

2001 war der freisinnige Fürsprecher Christoph Stalder Stadtratspräsident, nun ist er für ein Jahr der höchste Berner. Das weckt, besonders bei Stadtberner Politikern, gewisse Hoffnungen.

bietung. Dann macht sich ein Grossteil der Zuschauer auf den Weg ins Stadttheater, wo die Feier für den neuen Grossratspräsidenten beginnt – zurück bleiben einige Touristen, auf ihren Gesichtern liegt ein leicht verwirrter Ausdruck.

Traditionen gehören zu dieser Veranstaltung. Mit einer aber hat der Neue gebrochen: Er will sich bei Amtsantritt feiern lassen und nicht nach der Wahl, wie das bisher üblich war. Und so findet dieses Jahr die Präsidentenfeier Anfang Juni statt und nicht Ende März. Doch sonst hat alles seine Ordnung: Es reden der Stadtpräsident, der Präsident des Regierungsrates, der freisinnige Fraktionspräsident und der abgetretene Grossratspräsident – und alle wissen sie nichts Negatives über Stalder zu sagen. Der Berner Stadtpräsident Alexan-

der Tschäppät (sp) beschreibt ihn als Reformier, als redigewandten aber nicht geschwätigen, bürgerlichen aber nicht sturen, humorvollen aber nicht lustigen Mann. Er hoffe, dass es Stalder, dem Stadtberner, gelinge, das kantonale Verständnis für stadtbernerische Anliegen kultureller, finanzieller, verkehrstechnischer oder stadtplanerischer Art zu fördern. Ein bisschen verkläulert bringt auch FDP-Fraktionschef Adrian Haas sein politisches Anliegen vor. Er hoffe, Christoph Stalder werde dafür sorgen, dass die Stadt Bern auf dem Lande ein besseres Image bekomme. «Vielleicht hilft ihm dabei der Gemeinderat Bern, indem er auf Verkehrsschikanen verzichtet, das Erscheinungsbild und den Wirtschaftsstandort besser pflegt und sorgfältiger mit dem Geld umgeht.» Dagegen betont Regierungspräsident Urs Gasche (svp)

die Fraubrunner Wurzeln des Grossratspräsidenten. Dass Stalder dort aufgewachsen ist, wo Gasche wohnt und früher Gemeinderatspräsident war, verleitet ihn zur Aussage, der Kanton Bern werde nun ein Jahr lang «fest in der Hand Fraubrunnens sein».

Diese Euphorie wird gebremst von jenen, die davor warnen, das Amt überzubewerten. «Der höchste Berner ist mit 4274 Metern immer noch das Finsteraarhorn», sagt Adrian Haas. Und der abgetretene Grossratspräsident Werner Lüthi (svp) erzählt, dass es vorgekommen sei, dass er an einem Tag als Ehrengast in der ersten Reihe sass, wenig später in der fünften Reihe hinter Regierungsmitgliedern, Altregierungs- und Stadtratspräsidenten und Nationalräten nur zufällig entdeckt und begrüsst wurde.

Sein Nachfolger habe einen grossen Erfahrungsrucksack, sagt Werner Lüthi. Zusammen seien sie im vergangenen Jahr ein gutes Team gewesen. Früher hatten sich die beiden noch richtige Limerick-Duelle geliefert, doch als Präsident und Vize blieb ihnen meist zu wenig Zeit – ausser nach der Wahl Stalders zum Vizepräsidenten: «Unglaublich – dr Stalder wird Präsi / Als Vize wott är itze dä si / I freu mi ganz fescht / Itz chunnt de dr Tescht / Ob mir di richtige Zve si», dichtete Lüthi. Ob prädestiniert oder nicht, entgegnet Stalder: Er habe schon als kleiner Bub die Bilder der 200 Grossräte – «alles Männer» – angeschaut. Sie seien ihm damals würdig, wichtig und weise erschienen. Heute empfinde er statt Respekt und Bewunderung Freundschaft und Verständnis für seine Grossratskollegen. Und um diese nicht zu lange warten zu lassen, schliesst Stalder mit einer Redewendung des früheren Ständerratspräsidenten Arthur Hänsenberger: «Der Geist ist willig, doch das Fleisch wird kalt» – und lädt seine Gäste zu Apéro und Nachtessen. *Susanna Regli*

Grünes Licht für Flugwettbewerb

INTERLAKEN Der internationale Flugwettbewerb Red Bull Air Race macht definitiv auf dem Flugplatz Interlaken Station. Das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) hat dem Anlass am Montag grünes Licht erteilt.

Die Sicherheitsauflagen seien erfüllt und das Einverständnis der lokalen Behörden liege vor, heisst es dazu in einer Mitteilung des BAZL. Auf Wunsch der Bundesbehörden hätten sich die Veranstalter verpflichtet, die Flugshow CO₂-neutral durchzuführen.

Am Wochenende des 14./15. Juli heben die tollkühnen Flieger auf dem Flugplatz Interlaken ab und liefern sich vor der Kulisse von Eiger, Mönch und Jungfrau ein Rennen um Sekunden und Millimeter. Das Air Race wird erstmals in den Schweizer Alpen ausgetragen.

150 000 Zuschauer erwartet

Die Veranstalter erwarten in Interlaken rund 150 000 Zuschauer am Rennwochenende. Tickets sind nur im Vorverkauf zusammen mit Bahn- und Parkkarten erhältlich. Das Publikum soll möglichst mit dem öffentlichen Verkehr oder in Fahrgemeinschaften anreisen.

Air Racing ist eine relativ neue Disziplin des Flugsports, wie die Veranstalter auf ihrer Homepage schreiben. Beim Air Race muss der Pilot mit seinem Kleinflugzeug durch einen mit aufblasbaren Pylonen markierten Kurs fliegen. Dabei gilt es, bestimmte Regeln einzuhalten, verschiedene Figuren zu fliegen und den Parcours dabei auch noch möglichst schnell zu absolvieren.

Die erste Red Bull Air Race Serie im Jahr 2005 machte unter anderem in den Städten Abu Dhabi, Rotterdam und San Francisco Halt. An der diesjährigen Serie starten insgesamt 14 Piloten in 12 Rennen. (sda)

KURZ

Radfahrerin bei Sturz verletzt – Zeugen gesucht

THUN Eine Radfahrerin und ein Mofalenker touchierten sich, als ein Auto die beiden im Rex-Kreis überholen wollte. In der Folge stürzte die Radfahrerin und verletzte sich. Personen, die Angaben zum Unfall machen können, werden gebeten, sich mit der Polizei in Verbindung zu setzen (033 227 63 89). (pkb)

Tankstellenautomat aufgebrochen

THUN Zwei Männer haben in Allmendingen bei Thun einen Tankstellenautomaten aufgebrochen. Einer der beiden Täter konnte durch die Polizei vor Ort angehalten werden. Bei ihm handelt es sich um einen 32-jährigen Mann aus dem Balkan, der in der Region wohnhaft ist. Der zweite Mann ist flüchtig. (sda)

Haus vom Blitz getroffen

MÖRIGEN Wegen eines Blitzes brach in einem Einfamilienhaus in Mörigen ein Brand aus. Verletzt wurde niemand. Der Sachschaden beläuft sich gemäss Polizeimitteilung auf 100 000 Franken. (pd)

Bewilligung wird knapp

LÖTSCHBERG Die Erteilung der Betriebsbewilligung für die NEAT-Strecke ist für den 14. Juni geplant – einen Tag vor der feierlichen Einweihung des Basistunnels. Es werde zwar knapp, aber klappen, sagte Gregor Saladin, Sprecher des Bundesamts für Verkehr. Bisher gebe es keine Hinweise, dass sich die Erteilung wegen fehlender Nachweise durch die Betreibergesellschaft BLS verzögern könnte. Die Eröffnungsfeier mit den geplanten Fahrten wird laut Saladin aber auf jeden Fall stattfinden. Die Frage sei dann nur, was mit dem Güterverkehr passiere, der ab Mitte Juni durch den neuen Tunnel rollen soll. Bis zur Aufnahme des Vollbetriebs im Dezember könnte die Strecke aber allenfalls noch mit Auflagen betrieben werden. (sda)

Der Entscheid wird knapp

STIMMRECHTSALTER Heute Dienstag entscheidet der Grosse Rat, ob im Kanton Bern künftig auch 16- und 17-Jährige abstimmen und wählen dürfen. Wie der gestrige Beginn der Debatte gezeigt hat, wird es für den Vorstoss der SP-Grossrätin Nadine Masshardt knapp. Die Fraktionssprecher von SP, Grünen und EVP haben sich für die Senkung des Stimmrechtsalters ausgesprochen. 16-Jährige seien in der Regel reif genug, und jene, die sich für Politik interessierten, müssten auch abstimmen können, so der Tenor. SP, Grüne und EVP haben zusammen 74 Sitze im 160-köpfigen Parlament.

Die SVP-Fraktion lehnt den Vorstoss ab, insbesondere weil sie das Stimmrechtsalter nicht tiefer als das zivilrechtliche Mündigkeitsalter (18 Jahre) ansetzen will. Nun stehen noch die Voten von FDP-, EDU- und Unabhängiger Fraktion aus. Die FDP wird den Vorstoss laut Fraktionspräsident Adrian Haas grossmehrheitlich ablehnen. Eine ausführliche Berichterstattung folgt im «Bund» von morgen. (rw)

Stadion rückt näher

Kein Referendum der Thuner Innenstadtlobby

Die Thuner Innenstadtgenossenschaft (IGT) verzichtet auf ein Referendum gegen die Zonenplanänderung Thun Süd. Diese bildet die Grundlage für ein neues Stadionprojekt. Ein erstes, von der öffentlichen Hand finanziertes Stadionprojekt scheiterte im Februar 2006 an der Urne. Dies vor allem aufgrund der hohen Kosten, welche die Stadt hätte übernehmen sollen. Das Geschäft scheiterte aber auch, weil sich Gewerbetreibende durch die Mantelnutzung mit Einkaufszentrum konkurrieren sahen.

Das neue Projekt wird von privater Seite finanziert, sieht aber ebenfalls eine Mantelnutzung vor. Die IGT, welche die Interessen der Innenstadtgeschäfte vertritt, zeigt sich laut einer Mitteilung enttäuscht, dass das Stadtparlament die geplante Mantelnutzung des Stadions im Zonenplan beliebt. Trotzdem verzichtet die Organisation auf ein Referendum, da die Akzeptanz des neuen Projektes in der Bevölkerung diesmal grosser sein

dürfte. Die Erfolgsaussichten eines Referendums wären deshalb wohl gering.

Trotzdem ein Referendum?

Noch ist offen, ob eine überparteiliche Gruppierung trotzdem ein Referendum ergreifen wird. Wie der Thuner Anwalt Kurt Gänzli auf Anfrage sagte, hat sich ein Komitee namens «Klarheit» gebildet. Und dieses Komitee überlegt sich offenbar, das Referendum zu ergreifen. Das Komitee soll aber nicht nur in Sachen Stadion aktiv werden. Die Gründung dieses Komitees dränge sich «aufgrund des Verhaltens des Thuner Gemeinderates in jüngster Zeit» auf, steht in einem entsprechenden Papier. So stelle das Komitee die Vorgehensweise des Gemeinderates im Zusammenhang mit dem geplanten Verkauf der Energie-Thun-Aktien ebenso in Frage wie die Besetzung diverser Verwaltungsratsposten durch Exekutivmitglieder in Organisationen, denen die Steuerzahler Gebühren entrichteten. (sda/gum)

Eine kleine Debatte über Aussenpolitik

GROSSER RAT Eine knappe Stunde lang debattierte der Grosse Rat gestern Nachmittag über bernische Aussenpolitik. Anlass war der regierungsrätliche Bericht über die Aussenbeziehungen des Kantons, eine umfassende Auslegeordnung der Beziehungen zu anderen Kantonen, zum Bund, anderen Ländern und zur Europäischen Union. «Aussenpolitik beeinflusst immer mehr die Innenpolitik», sagte Henri Huber (sp, Spiegel), der Präsident der Oberaufsichtskommission.

Der regierungsrätliche Bericht wurde von den Parlamentariern grundsätzlich wohlwollend aufgenommen, es fehlten aber auch ein paar kritische Zwischentöne nicht. FDP-Sprecher Erwin Fischer (Lengnau) beispielsweise war einig im Bericht zu vage geraten. «Die Ziele sollten konkret definiert werden», forderte er.

Der Regierungsbericht über die Aussenbeziehungen enthält auch eine vorsichtige Position zum Verhältnis Schweiz/EU. Kurz- und mittelfristig, so heisst es da, sei nur

der bilaterale Weg mehrheitsfähig. Langfristig aber sei neben anderen Optionen auch eine Strategie zu erarbeiten, die den EU-Beitritt in Betracht ziehe.

Die Sprecher der Fraktionen äusserten sich gestern nicht zur EU-Frage – mit Ausnahme von Christian Vaquin (cvp, Moutier), dem Redner der PSA/CVP-Fraktion: Er betonte die Vorzüge eines EU-Beitritts. Thomas Fuchs (svp, Bern) stellte sich dagegen als Einzelsprecher dezidiert gegen den EU-Beitritt: Ein solcher werde von der Wirtschaft nicht gewünscht und hätte vor dem Volk keine Chance. Dies hätten einzig die «Politikhinterwälder» und «Berufseuropäer» der rot-grünen Regierungsmehrheit noch nicht gemerkt.

Der Grosse Rat verabschiedete am Ende eine Reihe von Planungserklärungen, die unter anderem eine Stärkung des Parlaments in der Aussenpolitik verlangen. Dann nahm er den Bericht mit 139 zu 7 Stimmen bei 4 Enthaltungen zur Kenntnis. (sw)